

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



198
gegründet 1867

Montag, 25. Juni 1979

Blatt 1600

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Bereits über FS

ausgesendet: Bilderdiebstahl in der Hermesvilla
(violett)

Kommunal: Wiener Gemeinderat
(rosa)

Nur über FS: 23.6. Brandlegung im Mautnerschlüssel
25.6. Ab Dienstag Führungen durch "Wien an die Donau"
Österreichischer Schachrekord soll gebrochen werden
Mittwoch kein Pressegespräch des Bürgermeisters

25. juni 1979

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1601

.....
bereits am 23. juni ueber fernschreiber ausgesendet
.....

L o k a l :

=====

bilderdiebstahl in der hermesvilla

7 wien, 23.6. (rk) bisher unbekannte taeter stahlen freitag zwischen 10 und 17 uhr aus der hermesvilla im lainzer tiergarten, wo derzeit die ausstellung ''wien 1879'' gezeigt wird, zwei bilder samt rahmen.

es handelt sich um das portraet ''maria geistlinger'' (1828 bis 1903) von hans canon. es ist ein oelbild auf leinwand, 23,2 x 17,2 cm dargestellt ist ein frauenkopf der bekannten operettensaengerin maria geistlinger.

das zweite bild ist ein selbstbildnis ''markart im festkostuem'' aquarell von hans markart, 29 x 17 cm. der gesamtschaden betraegt etwa 250.000 schilling. (ka)

1052

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (1)

3 wien, 25.6. (rk) der wiener gemeinderat trat montag unter dem vorsitz von gr. m a y r h o f e r (spoe) zusammen. der gemeinderat gedachte anfangs der am 2. juni dieses jahres verstorbenen gr. hermine f i a l a (spoe). die sitzung wurde mit einer fragestunde fortgesetzt.

fragestunde

auf die e r s t e a n f r a g e von gr. a r t h o l d (oevp), wie die in der per albin hansson-siedlung ost auftretenden gravierenden maengel, wie zum beispiel schlechte isolierung, beurteilt werden, antwortete stadtrat h a t z l (spoe), dass die wohnungen zum bauzeitpunkt den anforderungen der bauordnung entsprochen haben. die in einigen wenigen faellen auftretenden maengel werden laufend behoben. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , warum die wohnhaeuserverwaltung massnahmen wie zum beispiel "tuerdichtungen herauszunehmen" empfiehlt, antwortete hatzl, dass es dann zu schwierigkeiten kommen kann, wenn raeume ueberhaupt nicht geheizt werden. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , wann die wohnungen saniert werden und wie die probleme der abgesperrten durchlauferhtzer und des laermerregers "haus der begegnung" geloest werden, erklarte hatzl, dass die sanierung laufend erfolgt, dass die durchlauferhitzer erhaltungsarbeiten durch die mieter betreffen und dass wegen des houses der begegnung nach einer loesung gesucht wird.

auf die z w e i t e a n f r a g e von gr. h a h n (oevp), wie die generalinstandsetzung der staedtischen wohnhausanlagen finanziert werden soll, antwortete stadtrat h a t z l (spoe), dass darueber derzeit mit dem finanzstadtrat verhandelt wird. auf

./.

25. juni 1979

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1603

die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob auch mittel des altstadt-
erhaltungsfonds dafuer verwendet werden, erklarte hatzl, ''dort
wo es moeglich ist, wird man dies tun''. auf die z w e i t e
z u s a t z f r a g e wie die bis 1958 gebauten 112.000 wohnungen
erhalten werden sollen, verwies hatzl auf die verhandlungen mit
dem finanzstadtrat, auf das in aussicht gestellte neue mietrecht und
auf die bisher durchgefuehrten massnahmen. (sei) (forts)

1022

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (2):

fragestunde (forts.)

4 wien, 25.6. (rk) auf die 3. anfrage von gr. n u s s - b a u m (spoe), ob die verwendung eines lasercontainers im zuge des nationalratswahlkampfes der oevp vom magistrat genehmigt worden sei, antwortete stadtrat n e k u l a , dass es bei der kommissionierung im Hinblick auf die blendungsgefahr sowie die wirkung auf das auge einwaende gegeben habe. die firma wurde beauftragt, zusaetzliche gutachten vorzulegen, dies ist aber nicht geschehen. auf eine z u s a t z f r a g e bezueglich der auf einem anderen standort dann doch stattgefundenen ausstrahlung erklarte nekula, dass fuer diese keine genehmigung gegeben worden sei. auf eine zweite z u s a t z f r a g e , was er in zukunft gegen eine solche vorgangsweise zu tun gedenke, appellierte nekula an alle parteien, sich im zuge von wahlkaempfen an gesetze und verordnungen zu halten.

auf die 4. anfrage von gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe), wie er die tatsache begruende, dass eine zunehmende zahl von spitzenbeamten in keiner ihren dienstraengen und bezuegen entsprechenden verwendung stehe, stellte buergermeister g r a t z fest, dass dies eine einschaezungsfrage ist. der mit der inneren organisation des magistrats betraute beamte ist nicht der meinung, dass diese einschaezung richtig ist. in einer z u s a t z f r a g e nannte dr. hirnschall namentlich die obersenaatsraete engelberger, helmreich, sokolowski sowie baudirektor seda. gratz antwortete, er koenne fuer diese beamteneine reihe von sonderverwendungen anfuehren, die sehr wohl ihrer qualifikation und ihren bezuegen entsprechen. was fuer politiker selbstverstaendlich ist, naemlich dass ihre qualifikation oeffentlich diskutiert wird, halte er aber fuer beamte fuer unzumutbar. auf eine zweite z u s a t z f r a g e , ob die verwendung dieser beamten sachliche oder persoenliche motive habe, erklarte gratz, dass aufgrund der weisungsgebundenheit persoenliche motive ausfallen. er sei im uebrigen bereit, dr. hirnschall genaue auskuenfte ueber die verwendung dieser beamten zu geben, nicht aber, aus ruecksicht auf die beamten, dies oeffentlich zu tun.

./.

die 5. anfrage wurde zurueckgezogen.

auf die 6. anfrage von gr. hoffmann (oevp), was er in den letzten sechs monaten fuer die rettung des wacker-platzes unternommen habe, stellte stadtrat schieder fest, dass gespraechе mit allen zustaeendigen stellen gefuehrt wurden. dabei zeigte sich eine erfreuliche bereitschaft zur hilfe. ankaufsverhandlungen wurden wieder aufgenommen und auf der basis eines liegenschaftstausches fortgesetzt. die verhandlungen lassen einen positiven abschluss erhoffen. auf die zusatzfrage, warum er als sportstadtrat nicht die verhandlungen mit dem bund gefuehrt habe, stellte schieder fest, dass er gewohnt sei, nach den verfassungsmaessigen zustaeendigkeiten vorzugehen. auf die frage, wann in der frage wacker-platz ein endgueltiges ergebnis zu erwarten sei, erklaerte schieder, dies derzeit noch nicht sagen zu koennen. er sei aber an einem raschen ergebnis interessiert. (ger)

1028

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (3):

fragestunde (forts.)

5 wien, 25.6. (rk) auf die s i e b e n t e a n f r a g e von gr. mag. k a u e r (oevp), ob man die kompetenz der flur-schutzpolizei auch auf die oeffentlichen parkanlagen erweitern koenne, gab stadtrat s c h i e d e r (spoe) einen ueberblick ueber die kompetenz der oeffentlichen organe. die flurschutzpolizei sei zum feldschutz und urspruenglich auch zum schutz der landeskultur vorgesehen, es sei daher zu bezweifeln, dass ihre kompetenz auch auf parkanlagen uebertragen werden koenne. es sei zu ueberlegen, eigene organe der oeffentlichen aufsicht einzusetzen, was jedoch im wege eines landesgesetzes geschehen muesste. derzeit wird geprueft, ob anlaesslich der novellierung des naturschutzgesetzes die befugnisse der organe der wiener naturwacht auf den bereich von park- und gruenanlagen ausgedehnt werden koennen. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e ob buerger ehrenamtlich zur ueberwachung der parkanlagen herangezogen werden, antwortete schieder, dass er an der ueberwachung der parkanlagen, welcher art auch immer, stark interessiert sei, um die sicherheit und erholung der wiener buerger zu garantieren. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e die eine wiederholung der ersten darstellte, stellte schieder nochmals klar, dass selbstverstaendlich die absicht der ueberwachung bestehe und lediglich die frage der kompetenz beziehungsweise der moeglichkeiten der ueberwachung geprueft werden muesse.

auf die a c h t e a n f r a g e von gr. dkfm b a u e r (fpoe) nach der verlaengerung des laermschutzwalls bei der per albin-hansson-siedlung antwortete stadtrat n i t t e l (spoe), dass derzeit ein computermodell sowie technische unterlagen fuer die verlaengerung des laermschutzwalls ausgearbeitet werden. laermschutzmassnahmen sind jedoch vom bundesministerium fuer bauten und technik zu genehmigen und muessen bestimmte voraussetzungen erfuelen. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e nach der beendigung dieser untersuchungen meinte nittel, dass ein exakter termin noch nicht genannt werden koenne. (ba) (forts)

25. juni 1979

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1607

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (4):

fragestunde (forts.)

7 wien, 25.6. (rk) die n e u n t e a n f r a g e von gr. dkfm. e b e r t (oevp), welche massnahmen zur sicherstellung der zustellungsmoeglichkeiten fuer die nahversorgungsbetriebe im zuge der aktion ''fluessiger verkehr'' getroffen wurden, beantwortete stadtrat n i t t e l (spoe): im sinne des arbeitsprogramms wurde ein bevorzugtes strassennetz von 285 kilometer laenge festgelegt, in dem eine verstaerkte ueberwachung der geltenden vorschriften erfolgt. zusammen mit anderen massnahmen soll die fluessigkeit des verkehrs gewaehrleistet werden. die halteverbote in der waehringer strasse, neustiftgasse, burggasse, wienzeile gestatten eine entsprechende ladetaetigkeit. den massnahmen haben die betriebe in den besprechungen der kommissionen zugestimmt.

e r s t e z u s a t z f r a g e : geschaeftsleute klagen ueber zu geringe zustellungsmoeglichkeiten und parkmoeglichkeiten fuer kaeufer. welche positive massnahmen fuer parkgaragen und erweiterung der ladezonen wurden getroffen?

a n t w o r t : sicher ist ein ganzes buendel von massnahmen erforderlich und nicht nur eine einzige. was kritik an den ladezonen in der neustiftgasse und burggasse betrifft, wird man zusammen mit der bezirksvertretung eine Neubegutachtung vornehmen. mehr hochgaragen innerhalb des guertels werden sicher gebraucht, schwierigkeiten bereitet es jedoch, geeignete flaechen zu finden.

z w e i t e z u s a t z f r a g e : wie weit ist man bereit, die massnahmen mit der wohnbevoelkerung und der geschaeftswelt abzusprechen?

a n t w o r t : dazu ist man durchaus bereit, aber die gesamtwirtschaftlichen interessen muessen dabei beachtet werden. ueber den dauerparkplatz eines geschaeftsmannes in einer ladezone kann es keine volksabstimmung geben.

./.

die zehnte anfrage von gr. fuerst (oevp), wie hoch die schaeden sind, die 1978 von vandalen an den einrichtungen der verkehrsbetriebe angerichtet wurden, beantwortete ebenfalls stadtrat nitte l: insgesamt betrug 1978 der schaden durch vandalenakte 5,318.000 schilling. davon entfielen auf schienenfahrzeuge, in denen sitze, halteschlaufen etc. beschaedigt wurden, 4,484.000 s. in stationen und an wartehaueschen wurde ein schaden von 826.000 s angerichtet, in autobussen ein schaden von rund 8.000 s. eine aufstellung ueber vandalenakte im mai d. jahres, mit nennung von bestimmten schwerpunkten, wurde der polizei uebermittelt.

erste zusatzfrage: wie weit sind verhandlungen mit der polizei, um kriminalbeamten fahrtberechtigungsausweise zur verfuegung zu stellen?

antwort: das kann ich momentan nicht konkret beantworten. durch den verstaerkten einsatz von zivilkontrollen, die koordiniert mit der polizei eingesetzt werden, ist jedoch eine verstaerkte ueberwachung gewaehrleistet.

zweite zusatzfrage: sind sie bereit, einen antrag einzubringen, dass kriminalbeamten beim vorweis der dienstmarke die fahrt gestattet wird?

antwort: ich bin zu jeder sachlichen debatte ueber verbesserungen bereit. (smo) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (5):

fragestunde (schluss)

8 wien, 25.6. (rk) auf die 11. a n f r a g e von gr. r o s e n b e r g e r (spoe), welche erfahrungen bisher mit dem umleitungsverkehr im zusammenhang mit den instandsetzungsarbeiten an der nikolaibruecke gewonnen werden konnten, antwortete stadtrat n i t t e l (spoe), dass sich die wechselfuehrung (bei tag durch die auhofstrasse, bei nacht ueber die wientalstrasse), als wirksam erwiesen habe, um die belaestigung der bevoelkerung moeglichst gering zu halten. der verkehr habe bisher ohne stauungen abgewickelt werden koennen. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob der zeitplan fuer die fertigstellung der nikolaibruecke eingehalten werden koenne, antwortete nittel, dass derzeit nicht mit groesseren schwierigkeiten zu rechnen sei, dass aber solche im zuge der arbeiten erst sichtbar werden koennten.

auf die 12. a n f r a g e von gr. s a l l a b e r g e r (spoe), wie der zuspruch der wirtschaftstreibenden bei der aktion baurechtsgruende gewesen sei, antwortete stadtrat m a y r (spoe), dass die aktion seinerzeit eingerichtet wurde, um vor allem kleineren betriebe die neugruendung zu erleichtern. die ersten gruende auf dem iberisweg sind fast zur gaenze vergeben. es sind 18 ansiedlungen erfolgt, zwei parzellen sind noch frei. auf den draschegrunden-ost sind derzeit zehn parzellen verfuegbar. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob ein trend bemerkbar sei, dass firmen , die sich im umland angesiedelt haben, wieder nach wien zurueckkehren, antwortete mayr, dass sich bereits einige firmen im zuge von betriebsansiedlungen wieder in wien ansiedeln, dass sich aber auch betriebe, die bisher traditionell im umland angesiedelt waren , nun in wien ansiedeln. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob daran gedacht sei, eine aenderung des flaechenlimits von 2.000 quadratmeter herbeizufuehren, antwortete mayr, man sollte diese groesse nicht ueberschreiten. allerdings koennte durch zusammenlegung oder zukauf durch einzelne firmen eine vergroesserung ihrer grundstuecke erreicht werden. die aktion soll fortgesetzt werden.

auf die 13. anfrage von gr. freinberger (spoe), welche ergebnisse die begleitenden massnahmen bei einfuehrung der abwassergebuehr zeitigten, antwortete mayr, dass eine zunahme des wasserverbrauchs in wien gestoppt werden konnte. die nichtrueeckzahlbaren investitionszuschuesse werden sehr gerne in anspruch genommen. auf die erste zusatzfrage, wie viele betriebe bisher von der aktion erfasst wurden, antwortete mayr, dass bisher 31 antraege im rahmen dieser aktion eingebracht wurden, fuer die zuschuesse von 2,8 millionen s geleistet wurden. auf die zweite zusatzfrage, ob die absicht besteht, die foerderungsmassnahmen fortzusetzen, antwortete mayr, dass die aktion mit erreichen der vollen abwassergebuehr auslaufen werde.

auf die 14. anfrage von gr. dr. nowak (spoe), was unter der "vrv" zu verstehen sei, antwortete str. mayr, dass die "voranschlags- und rechnungsabschlussverordnung" auch fuer wien bindend sei. sie wird erstmals beim voranschlag 1980 zum tragen kommen. auf die erste zusatzfrage, welche unterschiede zur bisherigen vorgangsweise bestehen, antwortete mayr, dass derzeit nach geschaeftsgruppen vorgegangen werde, waehrend die vrv die gliederung in zehn funktionelle bereiche vorsehe, die von den geschaeftsgruppen unabhaengig sind. auf die zweite zusatzfrage, welche vorkehrungen zur einfuehrung der vrv ergriffen wurden, antwortete mayr, dass mit einfuehrung der vrv die haushaltsrechnung auf datenverarbeitung umgestellt wurde und die verrechnung des jahres 1979 parallel im herkoemmlichen verfahren und nach der vrv als probedurchlauf durchgefuehrt wird. (and) (forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (6):

anfragen und antraege

9 wien, 25.6. (rk) nach der fragestunde setzte der gemeinderat seine beratungen mit der normalen tagesordnung fort. dem gemeinderat lagen drei anfragen der oevp und eine anfrage der fpoe vor. weiter stellte die o e v p den a n t r a g , in den staedtischen dienststellen einmal in der woche einen parteiverkehr bis 19 uhr einzurichten. die f p o e stellte den antrag, eine schuelernetz-karte einzufuehren. die b e z i r k s v e r t r e t u n g fuer den 7 . b e z i r k stellte s i e b e n a n t r a e g e : sie betreffen den ankauf der stiftskaserne, die errichtung einer freihand-buecherei, die verhaengung einer zeitlich begrenzten bausperre im gebiet zwischen museumsstrasse und kirchengasse, die umschaltung von verkehrssampeln in der nacht auf "gelb", die ausgestaltung der fussgaengerzone spittelberg und eine aenderung des strassenbelages in dieser zone. die b e z i r k s v e r t r e t u n g fuer den 21 . b e z i r k b e a n t r a g t e eine fussgeherbruecke ueber die neue donau. die antraege wurden den zustaendigen ausschuessen ueberwiesen.

anschliessend waelte der gemeinderat 23 mitglieder in die gemeinderaetliche personalkommission und bestellte die mitglieder der gemeindebezirkskommissionen.

an stelle der verstorbenen gr. hermine fiata (spoe) wurde ing. karl s v o b o d a (spoe) als neuer gemeinderat angelobt.

in den verschiedenen gemeinderatsausschuessen wurden folgende mitglieder neu gewaehlt. gr. ing. s v o b o d a (spoe) in den ausschuss fuer personal- und rechtsangelegenheiten, gr. l u d w i g (spoe) in den ausschuss fuer finanzien und wirtschaftspolitik, gr. ing. s v o b o d a (spoe) in den ausschuss stadtplanung, gr. gabriele t r a x l e r (spoe) in den ausschuss vermoegensverwaltung, staedtische dienstleistungen und konsumentenschutz sowie gr. b r o s c h (spoe) in den kontrollausschuss. gr. leopoldine p f a u s e r (spoe) wurde als mitglied in das kuratorium wiener jugendheime und gr. m i c h a l i c a (spoe) in den ueberwachungsausschuss der bediensteten der stadt wien. (sei) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (7):

debate ueber rechnungsabschluss

10 wien, 25.6. (rk) bei einnahmen von 49,7 milliarden und ausgaben von 49,3 milliarden schliesst der rechnungsabschluss 1978 mit einem rechnungsmaessigen ueberschuss von 342 millionen, erklarte finanzstadtrat m a y r (spoe), der als berichterstatter die debate ueber den rechnungsabschluss 1978 einleitete. die verschuldung nahm im jahr 1978 um 3.602 millionen zu, die ruecklagen verminderten sich um 346 millionen, so dass de facto um 3.948 millionen mehr ausgegeben wurde, als die laufenden einnahmen betruagen.

die schuldenaufnahme war weder zufall noch panne, sondern ausdruck einer politik, fuer die die erhaltung der vollbeschaeftigung und eines moeglichst hohen lohniveaus im zentrum standen. wie erfolgreich wien in der arbeitsplatzsicherung war, zeigen zwei zahlen: die durchschnittliche arbeitslosenrate betrug 1978 in wien 1,4 prozent und die zahl der offenen stellen lag im jahresdurchschnitt um 36 prozent ueber der zahl der arbeitslosen.

es stimmt, dass in den letzten jahren die verschuldung wiens tendenziell zugenommen hat. bei einer diskussion ueber den schuldenstand sollten jedoch zwei dinge beruecksichtigt werden: wien ist das einzige bundesland, wo nennenswerte betraege fuer den kommunalen wohnbau im schuldendienst aufscheinen, und wien ist ebenfalls das einzige bundesland, wo die schuldenaufnahmen fuer die energielieferung im budget aufscheinen.

stadtrat mayr ging im weiteren speziell auf die problemkreise wohnbau, krankenanstalten und verkehr ein. die erhaltung des wohnhausbestandes macht uns schwere sorgen, erklarte mayr. wiens wohnhaeuser sind dringend verbesserungswuerdig und daher beobachtet man von wien aus die derzeitige entwicklung auf dem mietenrechtssektor mit besonderem interesse. es ist zu hoffen, dass eine loesung gefunden wird, dass ueber die mieten sovieler mittel hereinkommen, dass die erhaltung gesichert ist. dabei muessen die rechte der mieter aufrecht erhalten bleiben, es darf keine hausherrenrente entstehen und es muessen begleitmassnahmen auf dem sozialen sektor gesetzt werden.

in wiens spitaelern konnte im vorjahr die zahl der pflage- tage deutlich gesenkt werden. das war durch einen erhoeh- ten personalein- satz sowie durch den einsatz technischer hilfsmittel moeglich. wiens spitaeler sind leistungsfae- higer als spitaeler in anderen bundeslaendern. dies wird zum beispiel durch einen vergleich mit oberoesterreich deutlich. auf wiens spitaeler entfallen 20,4 pro- zent aller oesterreichischen pflage- tage - im gegensatz dazu wohnen in wien 21,6 prozent der oesterreichischen bevoelkerung. auf oeber- oesterreich entfallen 19,06 prozent der pflage- tage - bei einem bevoelkerungsanteil von 16,4 prozent. in diesem vergleich ist nicht beruecksichtigt, dass in wien rund 20 prozent der pflage- tage auf nichtwiener entfallen - der vergleich wuerde bei beruecksich- tigung dieser tatsache noch guenstiger fuer wien ausfallen. es muss daher der von oberoesterreich erhobene vorwurf, dass die spi- taeler mit dem hoechsten abgang die geringste leistung erbringen, energisch zurueckgewiesen werden. dies trifft sicherlich nicht auf die neuen spitaeler in vorarlberg, niederoesterreich, burgenland oder in wien zu.

mayr erinnerte weiter, dass in wien fuer den oeffentlichen als auch fuer den individualverkehr nach wie vor hohe aufwendungen getaetigt werden. das im fruehjahr dieses jahres mit dem bund er- zielte uebereinkommen ueber den weiteren ausbau der u-bahn und der schnellbahnen wird sich sehr positiv auswirken.

abschliessend ging mayr nochmals auf die wirtschaftliche ent- wicklung ein. nach einer untersuchung des wiener instituts fuer standortberatung, einer gemeinsamen einrichtung der stadt wien und der wiener handelskammer, wurde in den letzten jahren die wachstums- differenz zwischen dem oesterreichischen nationalprodukt und dem wiener regionalprodukt verringert. dieses ergebnis stellt der stadtverwaltung ein gutes zeugnis aus. in zukunft wird man vor allem die situation in der bauwirtschaft genau beobachten muessen. die dringend notwendige erhaltung der wohnhaeuser wird sich positiv auf den hochbau auswirken. allerdings, und das sollte man nicht vergessen, gehen schon jetzt von den wiener budgets enorme impulse auf das baugeschehen in wien aus. allein im jahr 1978 wurden 13,3 milliarden ausgegeben, mit denen auftraege an das baugewerbe und das bauneben- gewerbe erteilt werden konnten. (sei) (forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (8):

rechnungsabschluss (forts)

11 wien, 25.6. (rk) der rechnungsabschluss ist immer eine 'stunde der wahrheit', erklarte gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) als erster debattenredner. die wahrheit sei ernster, als der finanzstadtrat zuzugeben bereit sei. die interpretation und kommentierung des rechnungsabschlusses durch die verantwortlichen sei irrefuehrend. diese interpretation werde durch eine haushaltsordnung erleichtert, die es zum unterschied von normalen usancen moeglich mache, aufgenommene schulden den ordentlichen einnahmen zuzurechnen und auf diese weise aus einem defizit einen ueberschuss zu machen.

gegenueber den budgetansaetzen fuer das jahr 1978 seien deutliche veraenderungen festzustellen. so gab es etwa einen unerwarteten einnahmenezuwachs von einer halben milliarde durch eine umsatzsteuergutschrift des finanzamtes. beim u-bahn-bau und beim allgemeinen krankenhaus wurden ausgabenkuerzungen verzeichnet. zusaetzliche kredite von 1.100 millionen wurden aufgenommen. es werde zwar, laut presseinformation des finanzstadtrates, der gesamtschuldenstand per 31.12.1978 mit 25,2 milliarden ausgewiesen, gleichzeitig aber die behauptung aufgestellt, dass dies fremdmittel seien, die den haushalt der stadt kaum belasten. diese behauptung sei falsch, erklarte hirnschall. vielleicht koenne man sich noch einige monate auf die formale betrachtungsweise zurueckziehen, dass das zum ueberwiegenden teil kredite fuer die stadtwerke sind, die fuer das budget der hoheitsverwaltung nur eine durchlaufpost darstellen. diese "vogel-strauss-politik" werde man aber bald aufgeben muessen. die schulden der stadtwerke betragen 18 milliarden, der eigenkapitalanteil ist auf 24 prozent gesunken. eine sanierungs- und entschuldungsaktion fuer die wiener stadtwerke komme daher unausweichlich. angesichts dieser perspektive sei es realitaetsfremd, wenn man erklaert, dass die stadtwerkeschulden den haushalt nicht belasten.

. / .

die anforderungen an den kommunalen haushalt werden in den naechsten jahren weiter steigen. die bauraten fuer das allgemeine krankenhaus werden hoeher, der bau des krankenhauses ost wird notwendig. die betriebskosten in den spitaelern steigen. eine aehnliche situation zeige sich beim u-bahn-betrieb. auch hochwasserschutz und donauinsel seien zu einem grossen teil noch zu finanzieren.

die bemuehungen, arbeitsplaetze zu schaffen, sind angesichts der arbeitsmarktsituation verstaendlich. es sei aber die frage aufzuwerfen, ob es auf diesem gebiet in den letzten jahren nicht versaemnisse gegeben hat. ein viertel der in den letzten zehn jahren abgewanderten betriebe - 151 mit 4.900 arbeitsplaetzen - seien als echte abwanderungsverluste einzustufen. diese betriebe hatten urspruenglich keine feste absicht, wien den ruecken zu kehren. sie sind fortgegangen, weil sie zuwenig hilfestellung von seiten der stadt bekommen haben. ein bruchteil der summe, die jetzt von der stadt wien und vom bund aufgewendet werden muss, um "general motors" nach aspern zu bringen - wo jeder arbeitsplatz mit rund einer million subventioniert wird -, haette ausgereicht, um jene abwanderungen zu verhindern. die jetzige finanzielle sackgasse der stadt wien sei auf eine haeufung von fehlleistungen zurueckzufuehren, auf eine summe mangelhaft vorbereiteter entscheidungen, auf die unfaeahigkeit, prioritaaeten zu setzen, auf eine "finanzpolitik der leichten hand". die fpoe sei immer gegen eine leichtfertige finanzpolitik angetreten und sehe sich auch diesmal nicht in der lage, dem rechnungsabschluss zuzustimmen. (ger) (forts)

1304

wiener gemeinderat (9):

rechnungsabschluss (forts)

12 wien, 25.6. (rk) als bewusste verschleierung der tatsaechlichen budgetsituation bezeichnete gr. dkfm. dr. w o e b e r (oepv) den rechnungsabschluss 1978. der ueberschuss von 342 millionen sei darauf zurueckzufuehren, dass die zusaetzlichen schuldenaufnahmen als mehreinnahmen bilanziert werden. die meisten sogenannten mehreinnahmen seien auf grund von unterbudgetierungen zustande gekommen. insgesamt sei das investitionsvolumen

./.

von 21,9 prozent im jahr 1977 auf 20,9 prozent im jahr 1978 zurueckgegangen. auch im vergleich zum bund habe die stadt wien eine geringere zuwachsrate bei den investitionen zu verzeichnen.

ungenauere budgeterstellung gab es auch im baubereich, besonders bei den grossprojekten. bei den baustellen der stadt wien werden vorhandene gelder nicht verbaut, das kontrollamt habe wiederholt auf das fehlen von bauzeitplaenen hingewiesen. die oevp fordere daher eine neuordnung des bauwesens und der baudirektion, um die vorhandenen mittel besser einsetzen zu koennen und das baugeschehen rascher voranzutreiben.

der rechnungsabschluss stelle eine zaesur in der finanzpolitik der stadt dar. erstmals mache die verschuldung mehr als 50 prozent des budgets aus. die pro-kopf-verschuldung sei auf 30.000 s angestiegen. besonders trist sei die situation bei den verkehrsbetrieben, wo die aufgenommenen mittel zu 85 prozent fuer den schulden-dienst verwendet werden.

gr. woeber stellte folgende antraege: die stadt wien moege den wiener verkehrsbetrieben ausreichend mittel zur verfuegung stellen und die wiener verkehrsbetriebe moegen ihrerseits einen mittelfristigen finanz- und investitionsplan erstellen.

die stadt wien moege kalkulationen fuer die folgekosten ihrer grossprojekte in auftrag geben und mehrere varianten fuer die entwicklung des steigenden energiebedarfes erstellen lassen.

ausserdem machte gr. woeber den vorschlag fuer eine studie, die die verschuldung der stadt wien sowie den schuldendienst fuer die naechsten jahre berechnen soll. zum vertrag zwischen dem bund und der stadt wien sei ein zeitkostenplan zu erstellen. woeber wiederholte auch die forderung der oevp, dem kontrollamt eine verfassungsmaessige unabhaengigkeit weisungsfrei vom buergermeister garantieren. die oevp wird dem rechnungsabschluss 1978 nicht zustimmen, stellte woeber abschliessend fest. (ba) (forts)

25. juni 1979

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1617

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (10):

rechnungsabschluss (forts.)

13 wien, 25.6. (rk) mit fragen der holding, deren gruendung vor
fuenf jahren beschlossen worden war, beschaeftigte sich gr.
s c h w e d a (spoe). diese zeitspanne rechtfertigt es sicherlich,
zu untersuchen, ob die beschlossenen grundsaezte und zielsetzungen
erfuellt wurden. das kann auch bei strenger pruefung bejaht werden.
die beschluesse erfolgten seinerzeit einstimmig, eine solche grund-
saetzliche einstimmigkeit waere auch in zukunft wuensenswert, was
jedoch nicht eine kritische beurteilung im einzelfall ausschlies-
sen soll. wirtschaftliche fragen sollten jedoch nicht gegenstand
politischer alltagsauseinandersetzungen sein.

einige zahlen aus dem geschaeftsbericht der holding fuer 1978:
es konnte eine umsatzsteigerung um 6,3 prozent von 5,3 milliarden
auf 5,6 milliarden verzeichnet werden. die investitionen stiegen
im konzernbereich geringfuegig und betrugen fast 2 milliarden. der
reingewinn betraegt per 1978 36,6 millionen, das ist gegenueber dem
vorjahr eine steigerung um 27 prozent. die erfolge der holding
koennen aber nicht in jedem fall in bilanzziffern gemessen werden,
sondern in der erfuehlung der gemeinwirtschaftlichen zielsetzungen.
so gesehen, kann man mit dem vergangenen jahr zufrieden sein. die
holding ist ein wirksames instrumentarium zur wahrnehmung wichti-
ger aufgaben im dienstleistungs- und versorgungsbereich und eine
wesentliche stuetze fuer die stadt wien bei der durchfuehrung wirt-
schaftspolitischer massnahmen. unvorhersehbare wirtschaftliche ent-
wicklungen und personelle probleme koennten auch in hinkunft sorge
bereiten. entscheidend ist aber, dass sie rechtzeitig erkannt und
gesteuert werden, dass in personellen fragen unverzueglich das
notwendige getan wird. tatsachen und nicht vermutungen muessen je-
doch die richtschnur des handelns sein.

bei dieser gelegenheit sollte auch etwas zu den immer wieder
auftauchenden forderungen nach privatisierung gesagt sein. er-
hebungen in oesterreich und auch im ausland, auf die man sich dabei
beruft, sind nicht ueberzeugend. in oesterreich gibt es keinen

./.

fall von wirtschaftlicher oder kommunalpolitischer relevanz. in auslaendischen einzelfaellen werden die gemeinden nicht entlastet, sie muessen defizite tragen oder leistungen, die der private nicht erbringen kann, uebernehmen. die privatwirtschaftliche taetigkeit der gemeinde kann nicht als selbstzweck angesehen werden, sondern ist ein instrument, den an die gemeinschaft gerichteten forderungen nach verschiedensten leistungen gerecht zu werden. die diskussion um privatisierung soll nicht grundsaeztlich in frage gestellt werden. es ist ein merkmal der demokratie, getroffene entscheidungen dauernd auf ihre gueltigkeit zu ueberpruefen. es erscheint aber nicht vertretbar, aus ideologischen ueberlegungen heraus, einrichtungen wie die privatwirtschaftliche taetigkeit der gemeinde in frage zu stellen, deren notwendigkeit sich bereits durch jahrzehnte bewiesen hat. der eindruck, dass privatwirtschaftliche taetigkeit aus prestigedenken erfolgt, ist falsch. in den fuenf jahren beschlossenen grundsaezten, hat die stadt wien ausdruecklich normiert, dass die kommunale beteiligungspolitik in bereichen erfolgt, die von der privatwirtschaft nicht oder nicht ausreichend bedient werden. entscheidend ist wohl auch die zielsetzung, dass nicht primaer auf die gewinnerzielung, sondern auf bestmoegliche erfuellung der kommunalen aufgaben hingewirkt wird.

selbstverstaendlich gehoert kontrolle in die verwaltung und in die wirtschaft. bei der gruendung der holding wurde daher auf begleitende kontrolle groesster wert gelegt, um fehlentwicklungen schon in den ansaetzen korrigieren zu koennen. dies scheint durchaus gelungen zu sein. es stehen zahlreiche kontrollorgane zur verfuegung - von den aufsichtsraeten der holding und deren teilorganisationen, zwei gemeinderatsausschuessen, der beteiligungskommission und dem kontrollausschuss bis zum kontrollamt der stadt wien und dem rechnungshof. schweda gab zu ueberlegen, ob nicht die beteiligungskommission aufgeloeset werden sollte, da sie unter anderen voraussetzungen geschaffen wurde. die kontrolle sollte nicht hypertroph wirksam sein.

die in bemerkenswerter kooperation gewonnenen erfahrungen lassen hoffen, dass die holding weiterhin erfolgreich arbeiten kann. (smo)
(forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (11):

rechnungsabschluss (forts.)

15 wien, 25.6. (rk) str. n e u s s e r (oevp) kritisierte, dass grosse firmen, wie cincinatti, philips und general motors, grosszuegige foerderungen gewahrt werden, waehrend die klein- und mittelbetriebe seiner ansicht nach zu wenig unterstuetzt werden. in den naechsten jahren werden 700 kleine werkstaettenbetriebe zu einer standortveraenderung gezwungen werden, erklarte neusser weiter, wodurch viele arbeitsplaetze in gefahr geraten wuerden. es muessen die arbeitsplaetze bei den kleinen und mittleren betrieben gesichert werden. in wien seien zwischen 1964 und 1978 20.000 arbeitsplaetze verloren gegangen, vor allem in grossbetrieben. die klein- und mittelbetriebe haben diese arbeitskraefte aufgenommen. es sei auch fraglich, ob philips und general motors lehrlinge aufnehmen werden. neusser stellte den a n t r a g , die im budget 1979 vorgesehenen mittel von 25 millionen schilling fuer die kleinbetriebszuschussaktion auf den anfallenden bedarf zu erhoehen, die von der wiener handelskammer vorgeschlagene aktion zur foerderung von lehrplaetzen durch den gemeinderat zum beschluss zu erheben, und schliesslich, die stadt wien sollen eine aktion zur foerderung von werkstaettenhoefen ins leben rufen, wobei darauf bedacht zu nehmen sei, dass die monatliche miete in diesen gewerbehoefen 30 s pro quadratmeter nicht uebersteigt.

einen vergleich mit der budgetdebatte 1978 stellte gr. s a l - l a b e r g e r (spoe) her. damals waren alle redner einig, dass 1978 ein schwieriges wirtschaftsjahr sein werde. die antizyklische wirtschaftspolitik sei zweifellos die ausgangsposition dafuer gewesen, dass sich die wirtschaft bei uns nicht so unguenstig wie in anderen industrienationen entwickelt habe. das wiener budget koenne mit dem der anderen bundeslaender wegen der hier notwendigen massnahmen fuer verkehr und wohnbau nicht in relation gesetzt werden. /.

man muesse ueberlegen, die kosten dort abgelten zu lassen, wo sie entstehen, fuehrte sallaberger weiter aus. wo es sozial notwendig ist, muesse die sozialhilfe eingreifen. der vorwurf, der bund behandle wien stiefmuetterlich, koenne keinesfalls aufrecht- erhalten werden, sallaberger wies dabei auf den vertrag zwischen dem bund und der stadt wien hin, auf grund dessen mittel fuer ganz grosse projekte bereitgestellt werden. das investitionsvolumen der klein- und mittelbetriebe habe in den letzten jahren gigantisch zugenommen. das sei ein zeichen dafuer, dass die wiener wirtschafts- treibenden die wiener wirtschafts-politik positiv sehen. die ein- stellung mehrerer kreditaktionen im jahre 1977 sei durch die tat- sache begruendet, dass dadurch die inanspruchnahme der foerderung durch den bund staerker herangezogen werden sollte. die tatsache, dass sich die general motors in wien ansiedelt, sei auf die - wirtschaftliche, politische und soziale stabilitaet in unserem land zurueckzufuehren. es sei ein positives anzeichen, dass sich be- triebe aus dem umland wieder in wien ansiedeln, dass aber auch be- triebe, die bisher im umland situiert waren, wien zum standort waehlen. (and) (forts)

1405

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (12):

rechnungsabschluss (forts)

17 wien, 25.6. (rk) der finanzausgleich fiel fuer wien unter der oevp-regierung guenstiger aus, erklaerte gr. h a h n (oevp), allein zwischen 1970 und 1978 ist der anteil der einnahmen aus dem finanzausgleich am gesambudget von 35 prozent auf 26,7 prozent gesunken. im laufe des letzten finanzausgleiches zwischen 1973 und 1979 gab es mehrmals steuererhoehungen, an denen die laender und gemeinden nicht beteiligt wurden.

wien verlor dadurch jaehrlich rund 3 bis 3,5 milliarden und haette 1978 an die 17 milliarden erhalten muessen.

stadtrat m a y r (spoe) erklaerte, dass im voranschlag 1978 durch den wiener gemeinderat eine weit hoehere ermaechtigung fuer kreditaufnahmen gegeben war als letztlich ausgeschoefft wurde. die ermaechtigung fuer kreditaufnahmen wurde daher nicht ueberschritten.

es hiesse, das "ei des columbus" zu finden, koennte man in der wirtschaftsfoerderung infrastrukturmassnahmen genau nach dem nutzen fuer betriebe und fuer die wohnbevoelkerung zuordnen. fuer das betriebsbaugebiet "gelbe heide" wird zum beispiel eine bahnunterfuehrung gebaut, die natuerlich die zufahrt zum dort angesiedelten betrieb ermoeglicht, allerdings auch das wohngebiet am schoepfwerk mit der triester strasse verbindet.

der finanzausgleich 1967 war fuer die gemeinden ein sehr schlechter finanzausgleich. die auswirkungen fuer wien wurden erst nach der volkszaehlung 1971 spuerbar. nutzniesser des finanzausgleiches 1973 waren die laender, 1979 gab es fuer wien praktisch keine veraenderung. an neuen steuereinnahmen wurde wien sehr wohl beteiligt. so erhielt wien 33 1/4 prozent der bundeskraftfahrzeugsteuer. (sei) (forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (13):

rechnungsabschluss (forts.)

18 wien, 25.6. (rk) frau minister dr. leodolter habe kuerzlich erkluert, dass die kostenstellenrechnung im spitalsbereich bereits einsparungen in der groessenordnung von 1,2 bis 1,8 milliarden schilling gebracht habe, stellte gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) fest. diese einsparungen muessen sich offenbar ausschliesslich auf die bundeslaender beschraenken. bei den wiener spitaelern sei ein derartiger trend nicht feststellbar. im gegenteil, es seien neue kostensteigerungen aufgetreten.

die zuschuesse des neuen fonds in der hoehe von 380 millionen (wovon 94 millionen die stadt wien selbst eingezahlt hat) sind angesichts der gesamttausgaben von 6,3 milliarden keine echte hilfe.

im sommer sei es in der vergangenheit in wiener spitaelern stets zu engpaessen und aufregungen um freie betten gekommen. hirnschall ersuchte den gesundheitsstadtrat um eine stellungnahme, ob die bevoelkerung in den heurigen sommerferien damit rechnen koenne, im bedarfsfall ein spitalsbett in jeder allenfalls notwendigen abteilung zu bekommen.

im vorigen jahr habe es an der kinderlinik des allgemeinen krankenhauses eine versuchsreihe gegeben, bei der man kleinkindern darmsonden mit radioaktivem material schlucken liess. diese versuchsreihe sei angeblich mit dem einverstaendnis der eltern der betroffenen kinder durchgefuehrt worden. in einem kuerzlich gesendeten fernsehreport zu diesem thema erkluerten die interviewten muetter aber uebereinstimmend, dass sie nicht ueber die art der beabsichtigten versuche informiert wurden. ausserdem habe es sich ausschliesslich um kinder von gastarbeitern beziehungsweise aus dem waldviertel gehandelt. hirnschall forderte in diesem zusammenhang eine stellungnahme des gesundheitsstadrates.

abschliessend wandte sich hirnschall gegen die von oevp-stadtraetin dr. kubiena angeregte mildere bestrafung fuer kleine rauschgift-"dealer". die strafzumessung sollte im gegenteil sowohl fuer kleine wie auch fuer grosse haendler erhoehrt werden. (ger) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (14):

rechnungsabschluss (forts.)

19 wien, 25.6. (rk) mehr finanzielle mittel und aktivitaeten auf dem gebiet der vorsorgeuntersuchung forderte gr. t r a i n d l (oevp). in wien seien als dem einzigen bundesland oesterreichs zwar alle schularztstellen besetzt, aber ein schularzt pro schule sei immer noch zu wenig, um aufgaben der vorsorgeuntersuchung fuer jugendliche gerecht zu werden. bei 1.000 schuelern koenne die untersuchungszeit nur 45 sekunden pro schueler und jahr betragen. jeder zweite schueler der an gesundheitlichen schaeden leide, stehe nicht in aertzlicher behandlung. erschreckend hoch sei die zahl der volkschueler die an nervenschaeden leiden. jeder vierte wiener jugendliche sei fuer das bundesheer untauglich. traindl forderte eine aufstockung des stellenplanes fuer schulaerzte, damit die vorsorgeuntersuchungen gruendlich und regelmaessig durchgefuehrt werden koennen. der mangel auf diesem gebiet kaeme auch im kontrollamtsbericht zum ausdruck: in den kliniken fehlt es an personal, am begriff der rationellen betriebsfuehrung. gesetzliche vorschriften werden nicht eingehalten. als beispiel fuer die misswirtschaft fuehrte traindl die zentral-jugendzahnklinik an. zwei jahre lang sei die klinik ohne bewilligung in betrieb gewesen. die vorhandene kapazitaet an personal werde nur zu 25 prozent genuetzt, das defizit habe bisher mehr als 1,5 millionen betragen. (ba) (forts.)

1500

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (15):

rechnungsabschluss (forts)

20 wien, 25.6. (rk) die taetigkeit des wiener jugendamtes wird heute als selbstverstaendlichkeit betrachtet, sie ist aber nicht weniger bahnbrechend und richtungsweisend als zu tandlers zeiten, erklarte gr. hildegard w o n d r a t s c h (spoe) in ihrer "jungfernrede". mit der umsetzung aller neuen erkenntnisse der soziologie, der paedagogik und der medizin in die praxis wird die hilfstellung fuer die familie als hauptaufgabe angesehen. das geschieht nicht nur bei den erziehungsaufgaben, sondern mit hilfe in konflikt- und krisensituation und mit rat, damit solche situationen gar nicht entstehen. die voraussetzung fuer diese aufgaben ist die beste aus- und fortbildung der mitarbeiter, was in symposien und enqueten geschieht. ein wesentlicher schritt aber ist die eroeffnung des ausbildungszentrums fuer sozialberufe mit elternschule und therapeutischen instituten.

ergebnis dieser grundsaeetze ist ein netz von institutionen fuer rat und hilfe - von mutterberatungsstellen, elternschulen, info-centers, familienberatungsstellen, telefonischer erziehungsberatung und sogar kinder-telefon. darueber hinaus stehen 24 jugend- und kinderpsychologische beratungsstellen zur verfuegung, die neben betreuung ein gezieltes training anbieten. und das ist der wesentliche neue aspekt, dass in der jugendarbeit von rat zu hilfe geschritten wird. das ziel ist, gefaehrdete durch ambulante betreuung vor der heimeinweisung zu bewahren. erfolgreich sind dabei die beiden sozialpaedagogischen beratungsstellen - durch jene in favoriten konnte die quote der heimeinweisungen um die haelfte gesenkt werden. auf diesem weg helfen weiter drei institute fuer sozialtherapie, ein klubzentrum im zweiten bezirk fuer gefaehrdete jugendliche sowie 18 gruppen mit sozialer gruppenarbeit. die stadt wien hat mit all diesen einrichtungen - und noch zahlreichen anderen - ein instrumentarium, der familie wirkungsvoll zu seite zu stehen und rat und hilfe in breitem ausmass zu gewaehren.

gr. gertrude h a e r t e l (oevp) warf der rathausmehrheit intoleranz gegenueber den vp-vorschlaegen vor: ohne ersichtlichen grund wurden vor zehn jahren die ehrenamtlichen fuersorgeraete aufgegeben. der vorschlag der oevp, diese mitarbeiter zur betreuung einsamer buerger einzusetzen, wurde uebergangen. nunmehr wird im arbeitspapier des buergermeisters aehnliches angepeilt. bleibt zu hoffen, dass das nicht nur auf dem papier bleibt. der bisherige kontaktbesuchsdienst ist jedenfalls zu wenig in diesem bereich. auch ein vorschlag der oevp, die gleise der strassenbahn auf der floridsdorfer bruecke fuer einsatzfahrzeuge befahrbar zu machen, wurde abgelehnt. nunmehr wird in einer brigittenauer bezirkszeitung auf die gefaehrliche behinderung von einsatzfahrzeugen hingewiesen. bleibt zu hoffen, dass nun doch eine loesung gefunden wird, ehe ein groesseres unglueck geschieht.

die rednerin uebte kritik daran, dass noch immer ausreichende informationen ueber die bestehenden einrichtungen fuer behinderte kinder fehlen. selbst lehrer und jugendamtsmitarbeiter wissen nicht genau bescheid. der gruppe behinderter kinder wird ueberhaupt zu wenig aufmerksamkeit gewidmet, es fehlen arbeitsplaetze und urlaubsplaetze fuer behinderte. diese luecke im sozialen bereich wird von den sozialisten aber kaum zur kenntnis genommen. im jahresbericht von jugend am werk wird ueberdies auf mangelhafte versorgung geistig behinderter kinder und jugendlicher hingewiesen. die hauptlast liegt bei den eltern solcher kinder. fuer ihre hauptsorge, wer und wie fuer ihre kinder gesorgt wird, wenn sie selbst einmal sterben, gibt es noch immer keine loesung. (smo)

sie bedauere, dass in die erhaltung von altbauten des allgemeinen krankenhauses beträchtliche mittel investiert werden, dass diese gebaeude aber in absehbarer zeit abgerissen werden, erklarte stadtrat dr. gertrude k u b i e n a (oevp). sie vertrat die ansicht, man solle sie als geriatriische anstalten erhalten. seit 1962 sei das sozialmedizinische zentrum ost geplant, derzeit gebe es aber noch immer nur 240 betten fuer 250.000 einwohner noerdlich der donau. sie kritisierte auch, dass es keine evidenz ueber

freie schwestern- und personalwohnungen gebe und dass etliche garconnieren leer stehen. manche werden sogar von personen genutzt, die in wien als hauptmieter gemeldet sind. nach der fertigstellung des zielplans fuer die psychiatrische und psychosoziale versorgung sei es dazu gekommen, dass in manchen pavillons erst kuerzlich hergestellte sanitaere einrichtungen herausgerissen und durch neue ersetzt wurden. unter hinweis auf die probleme der betreuung drogen-suechtiger deponierte kubiena: ''man muss die therapie waehrend des strafvollzugs beginnen und anschliessen weiter fuehren. es muss genuegend stellen geben, an die sich drogensuechtige wenden koennen''. (and) (forts.)

1544

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (16):

rechnungsabschluss (forts.)

21 wien, 25.6. (rk) sozialpolitik hat primaer menschlichen und nicht wirtschaftlichen gesichtspunkten zu folgen, erklarte gr. d i n h o f (spoe). ein beispiel, wie die stadtverwaltung diesen grundsatz erfuehlt, sind die massnahmen fuer die behinderten. es wurden eigene taxis fuer behinderte eingerichtet, die gehsteigkanten duerfen bei neuerrichtung nicht hoeher als 8 zentimeter sein und die zahl der geschuetzten arbeitsplaetze wird laufend erhoeht. waren es 1977 noch 154, so gibt es derzeit 240 geschuetzte arbeitsplaetze in wien.

den kontaktbesuchsdienst, in dem vor allem aeltere menschen durch einen persoentlichen besuch angesprochen werden, gibt es in acht wiener bezirken. dinhof sprach sich fuer eine erweiterung auf die anderen bezirke aus, und er appellierte an die bezirksvorsteher sich dieses problemes ernsthaft anzunehmen.

die mobilen schwestern haben 1978 eine gigantische leistung erbracht. sie fuehrten 96.900 hausbesuche durch.

auf dem gebiete der rettung wurde eine vorher nicht immer gegebene gute zusammenarbeit erreicht. die wiener sind heute besser versorgt als in der vergangenheit.

die auslastung in den wiener spitaelern ist von 1977 auf 1978 um ein prozent gestiegen. gleichzeitig wurde die verweildauer verringert.

zum psychiatriepan meinte dinhof, der beste pan wird nichts nuetzen, wenn in der bevoelkerung nicht die bereitschaft gegeben ist, die betroffenen menschen als kranke zu sehen und nicht als aussenseiter, die in die schlangengrube gehoeren. abschliessend forderte dinhof stadtrat stacher auf, sich dafuer einzusetzen, dass bei medizinischen versuchen die betroffenen voll informiert werden.

(sei)

./.

er koenne die berechnungen des ministeriums ueber einsparungen im spitalsbereich nicht nachvollziehen, da er nicht ueber die unterlagen fuer ganz oesterreich verfuege, erklaerte stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r (spoe). die von frau minister dr. leodolter genannte zahl ist aber zweifellos auch als vermindering von kostensteigerungen gemeint gewesen.

die zurueckgegangene verweildauer in den spitaelern fuehrt nicht dazu, dass die spitaeler billiger werden, betonte stacher.

im sommer sind 25 bis 27 prozent der spitalsbetten gesperrt. bei einem normalen ablauf der urlaubssaison sind keine groesseren schwierigkeiten zu erwarten. in einzelnen bereichen sind probleme zwar nicht auszuschliessen, doch wird die situation besser sein als in vergangenen jahren.

als er von den versuchen mit kindern erfuhr, habe er sofort eine pruefungskommission eingesetzt, die nach drei tagen einen vorlaeufigen bericht vorlegte. am gleichen tag wurde ihm bekannt, dass die eltern eines Kindes anzeige erstattet haben, stellte stacher fest. die staatsanwaltschaft hat diese angelegenheit nunmehr zu untersuchen.

da es sich dabei um ein grundsuetzliches problem handle, wird stacher eine kommission zur einhaltung ethischer grundsuetze bei aertztlichen untersuchungen bilden. zweck dieser 'ethik-kommission' ist der schutz sowohl der aerzte vor polemischen angriffen als auch vor allem der patienten.

das drogenberatungszentrum wird im oktober fertig, beratungsstellen gibt es .

im vorjahr wurden erstmals auch an berufsschulen schulaerzte eingefuehrt. der brand im allgemeinen krankenhaus wurde von der bereits vorhandenen brandmeldeanlage gemeldet.

im zusammenhang mit dem psychiatrie-zielplan appellierte stacher, man solle die gemeinsame bewaeltigung dieser grossen aufgabe nicht durch billige gags gefaehrden. (ger) (forts)

k o m m u n a l :

=.=====

wiener gemeinderat (17):

rechnungsabschluss (forts)

22 wien, 25.6. (rk) die oevp bemuehe sich seit jahren auf dem gesundheitssektor um eine konsenspolitik und mache viele konstruktive vorschlaege, stellte gr. l e h n e r (oevp) zu den debattenbeitraegen seiner vorredner fest. es gaebe aber eine reihe von missstaenden an denen immer wieder kritik geuebt werden muesste. beispielsweise muessen patienten im psychiatrischen krankenhause in einem anderen pavillon schlafen, als dort, wo sie sich tagsueber aufhalten. dass die aufenthaltsdauer in den krankenhaeusern reduziert wurde, sei zwar positiv, doch duerfen patienten nach operationen nicht zu frueh nach hause geschickt werden. der mangel an anaesthesisten koenne durch eine bessere organisation gemildert werden. zur finanzierung des sozialmedizinischen zentrums ost muessten mit niederoesterreich neue verhandlungen gefuehrt werden. die verkuerzung der aufenthaltsdauer in krankenhaeusern hob gemeinderat windhab (spoe) hervor. die patienten koennen rascher entlassen werden weil die durchuntersuchungen schneller durchgefuehrt und weil eine reihe von krankentreuungen durch mobile schwestern oder heimhilfen besorgt werden. es sei jedoch unrichtig, dass patienten nach operationen zu frueh entlassen werden. (ba) (forts)

1626

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (18):

rechnungsabschluss (forts.)

23 wien, 25.6. (rk) einer alten, aber schlechten tradition ist man im vergangenen jahr treu geblieben - sinkender aufwand fuer umweltschutz, aber steigende ausgaben fuer propaganda, erklarte gr. dkfm. b a u e r (fpoe) als erster debattenredner zum schwerpunkt staedtische infrastruktur - technische angelegenheiten. von 19 vorgesehenen millionen fuer den umweltschutz wurden nur 16 millionen ausgegeben. hingegen wurden fuer information 71 millionen anstatt der vorgesehenen 65 millionen verwendet. die sinkenden ausgaben fuer den umweltschutz haengen zwangslaefig mit der auffassung darueber zusammen: seit jahren wird gemessen und katalogisiert - laermbelastungen, luftverschmutzungen etc. - und obwohl zeit- und stellenweise ueberschreitungen der toleranzen festgestellt werden, geschieht nichts oder sehr wenig. gehaeuftes auftreten von erkrankungen durch kohlenmonoxyd und schwefeldioxyd gehoe- ren schon zum alltag, und werden immer bedrohlicher. dass aber nichts geschieht, wird mit kompetenzproblemen bemaentelt. doch in der sozialistischen bundesregierung gibt es ein zustaendiges mi- nisterium und in der sozialistischen stadtverwaltung eine zu- staendige geschaeftsgruppe. endlich aufwachen, und zur therapie schreiten, verlangte der redner.

die einnahmen aus der ausgleichszulage des baumschutzgesetzes lassen den schluss zu, dass manche bautraeger mit leichter hand die abgaben berappen statt sich den kopf ueber erhaltung der baeume zu zerbrechen. bei novellierung des baumschutzgesetzes sollte man dem einen riegel verschieben.

anlaesslich des ansatzes von 16,4 millionen fuer die gaertneri- sche gestaltung des karlsplatzes deponierte der redner die ein- fallslose und nicht begehbare gruenflaeche vor dem porr-haus. er brachte den b e s c h l u s s a n t r a g ein: jede gruenflaeche

/.

grundsätzlich begehbar und mit sitzgruppen etc. kommunikations-
 foerdernd zu gestalten. mehrausgaben - naemlich 69 millionen statt
 29 millionen - gab es bei stadtreinigung und fuhrpark, davon ent-
 fielen 70 prozent fuer den fuhrpark. wieviel wurde fuer die er-
 neuerung von dienstkraftwagen ausgegeben und wie gross ist der
 wertmaessige anteil der dienstkraftwagen am staedtischen fuhrpark?,
 fragte der redner abschliessend. (smo) (forts.0

1647

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (19):

rechnungsabschluss (forts)

24 wien, 25.6. (rk) unguenstige umweltverhaeltnisse in mehreren strassenzuegen kritisierte gr. ddr. s t r u n z (oevp). in diesem zusammenhang stellte er den b e s c h l u s s a n t r a g , staedtische autobusse mit besonders hohen laerm- und schadstoff-emissionen durch umweltfreundliche fahrzeuge zu ersetzen. weiter trat er in einem b e s c h l u s s a n t r a g fuer den einbau einer rauchgasreinigungsanlage in der muellverbrennungsanlage spittelau ein.

zwar sei das ablagern von hausmuell auf eine deponie billig, das "vergraben von energie" sei jedoch eine nicht mehr zeitge-maesse methode zur beseitigung des muells. strunz verlangte daher in einem b e s c h l u s s a n t r a g die errichtung einer hoch-temperaturschmelzpyrolyse-anlage zur muellverbrennung und energie-rueckgewinnung. dadurch koennten zum beispiel aus 200 tonnen muell pro tag 20 gcal besonders umweltfreundlich gewonnen werden.

einer untersuchung der versuchs- und forschungsanstalt der stadt wien sei zu entnehmen, fuehrte strunz weiter aus, dass eine grosse zahl der stehenden und fliessenden gewaesser stark verschmutzt sei. strunz verlangte in einem b e s c h l u s s a n t r a stark verschmutzte stehende und fliessende gewaesser im bereich der stadt wien moeglichst bald nach den Bestimmungen der ein-schlaegigen oe-norm zu sanieren. im antrag heisst es weiter, dass im bereich des entlastungsgerinnes ausreichend parkplaetze und sanitaere einrichtungen fuer die badenden geschaffen werden sollten, um eine gewaesserverschmutzung zu vermeiden. in einem letzten b e s c h l u s s a n t r a g setzte sich strunz dafuer ein, durch gezielte massnahmen gefaehrdete baeume im wiener stadtgebiet vor dem absterben zu schuetzen. (and) (forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (20):

rechnungsabschluss (forts)

25 wien, 25.6. (rk) wiens infrastruktureinrichtungen koennen jeden internationalen vergleich standhalten, erklaerte gr. l u d w i g (spoe). der ausbau dieser einrichtungen, wie zum beispiel der bau der klaeranlage, ist ein bedeutender beitrug zum umweltschutz. im bereich des hochwasserschutzes wurden nun schon neun kilometer des entlastungsgerinnes ausgebaggert, das stadtgartenamt hatte 22,7 millionen quadratmeter gruenflaechen zu betreuen und es wurden drei neue baeder fertiggestellt. viele dieser einrichtungen, wie der donaudueker oder der wasserbehaelter unter laa, sind der oeffentlichkeit zu wenig bekannt. darueber muesste mehr informiert werden. durch den ausbau der infrastruktureinrichtungen hat die stadtverwaltung einen beitrug geleistet, um das leben in wien besser zu gestalten und zu verschoenern. (sei)

die informationstaetigkeit ist ein ausserordentlich wichtiger schwerpunkt, erklaerte gr. f u e r s t (oevp). die bevoelkerung muss ueber probleme und vorhaben ausreichend informiert werden. er sei deshalb nicht der meinung, dass das informationsbudget der stadt wien (120 millionen) zu hoch sei, obwohl es mit 75 schilling pro einwohner hoeher als in anderen staedten ist. wohl aber sei an der art, wie dieses geld ausgegeben wird, kritik zu ueben.

die aufteilung des buerger- und des informationsdienstes auf zwei verschiedene geschaeftsgruppen sei nicht sinnvoll. fuer einen funktionierenden buergerdienst sei die ausreichende und rechtzeitige information der bevoelkerung ueber die vorgaenge in der verwaltung notwendig, was eine enge koordination der beiden bereiche erfordert. fuerst stellte den a n t r a g, informationsdienst und buergerdienst in einem einzigen verwaltungsbereich zusammenzufassen.

./.

fuerst kritisierte eine postwurfsendung des presse- und informationsdienstes, in der sehr viel von leistungen die rede sei, aber keine service-information geboten werde. er stellte den a n t r a g , die mittel des presse- und informationsdienstes in zukunft sinnvoller als bisher fuer eine echte information der wiener bevoelkerung, wie zum beispiel ueber planungsvorgaenge, flaechenwidmungsaenderungen oder generelle projekte, die den buerger unmittelbar betreffen, zu verwenden.

die presseunterstuetzung der stadt wien lasse den eindruck zu, dass dabei wohlverhalten gefoerdert werde. so erhalte die arbeiter-zeitung , obwohl nur mit einem siebentel der auflage der kronen-zeitung und einem fuenftel der auflage des kurier, ein drittel des inseratenvolumens der kronen-zeitung und die haelfte des kurier-volumens. fuerst stellte den a n t r a g , der zu- staendige gemeinderatsausschuss moege umgehend ueber eine verbindliche pressefoerderung beraten und die entsprechenden massnahmen fuer eine beschlussfassung in die wege leiten. vor allem soll eine pressefoerderung durch refundierung der anzeigenabgabe ins auge gefasst werden. die pressefoerderung, die es in fuenf bundeslaendern bereits gibt, soll zur erhaltung der meinungsvielfalt beitragen. die information der stadtverwaltung soll komplizierte sachverhalte erlautern und behoerdenwege erleichtern. negatives soll nicht in positives umgekehrt werden. (ger) (forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (21):

rechnungsabschluss (forts.)

26 wien, 25.6. (rk) der presse- und informationsdienst der stadt wien hat die funktion, den menschen dieser stadt informationen zu vermitteln, damit sie an der demokratischen willensbildung dieser grosstadt teilnehmen koennen und ueber die taetigkeit der stadt wien unterrichtet werden. dies stellte gr. e d l i n g e r (spoe) fest. wenn von seiten der oevp eine intensivierung der taetigkeit des pid verlangt werde, so koenne er nur zustimmen, denn die stadt wien ist ihren buergern eine umfassende informationstaetigkeit schuldig. diese information bezieht sich selbstverstaendlich auch auf die politischen beschluesse die im gemeinderat zustande kommen, selbst wenn diese nicht einstimmig gefasst werden.

"mehr information und weniger propaganda" sei im zusammenhang mit dem pid ein leeres schlagwort, weil mit den produkten des presse- und informationdienstes, wie der rathaus-korrespondenz, der betreuung der auslandsjournalisten, der zeitschrift "wien aktuell", dem amtsblatt der stadt wien, den veranstaltungen, den landesgesetzblaettern, den service- und informationsbroschueren, den postwurfsendungen u.a. eine parteipolitische werbung einfach nicht gegeben ist. auch der vorwurf, sich mit inseraten das wohlverhalten der medien zu erkaufen, gehe ins leere.

schliesslich sollen ja nicht nur die kommerziell fundierten zeitungens gefoerdert werden, sondern es sei eine durchaus begruessenswerte aufgabe auch andere medien durch p.r. artikel lesbarer zu gestalten, meinte edlinger. oevp-zeitschriften wie "der ausblick", "der bund", "die freiheit" oder "die wirtschaft" haben alle inserate der stadt wien in ihren inhalt aufgenommen. am beispiel eines niederoesterreichischen postwurfs, in dem sich landeshauptmann andreas maurer als "platzhirsch" anpreist, wies edlinger nach, wie wenige kilometer ausserhalb wiens parteipropaganda auf kosten der steuerzahler betrieben werde. (ba)

./.

mit fragen des konsumentenschutzes beschaeftigte sich gr. maria h a m p e l - f u c h s (oevp) und sagte, dass kundendienstleistungen der stadt wien einer verbesserung beduerfen. derzeit stehen nicht alle leistungen allen gruppen in gleicher weise zur verfuegung. als beispiel einer mangelnden kundendienstleistung sind ab- und aufgaenge zu stadtbahnstationen anzusehen, die ohne aufzug fuer muetter mit kinderwagen und aeltere personen nur schwierig zu ueberwinden sind. laut stadtrat nittel soll nun ueberprueft werden, in welchen u-bahn- und schnellbahnstationen aufzuege eingebaut werden koennen. in vielen faellen wird es als zu schwierig unterlassen werden. auch in hinkunft werden also alle buerger mitfinanzieren muessen, aber nicht alle werden diese dienstleistung benuetzen koennen. zum kapitel konsumentenschutz und gesundheit zaehlt das unkontrollierte fuettern von tauben, das in gruenanlagen zur rattenplage fuehrt. konsumentenschutz-stadtrat und gesundheitsstadtrat sollten gemeinsam eine informationskampagne starten. nach einer mitteilung der arbeiterkammer soll ein neues konsumentenschutzbuero installiert werden. wozu aber ein neues buero? es gibt schon genug stellen, die aber nicht effektivtaetig werden. so wurde noch immer nicht gegen aussenseiter - wie etwa die firma aar-glas - wirkungsvoll durchgegriffen. (smo) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (22):

rechnungsabschluss (forts.)

27 wien, 25.6. rk) gr. b r o s c h (spoe) wies darauf hin, dass in wien sehr fruehzeitig mit der schaffung von infrastruktur-einrichtungen begonnen worden sei, so etwa mit der errichtung der (roem.) 1. hochquellenwasserleitung. auf der basis dieser leistungen wurde erfolgreich weitergearbeitet. 1965 wurde mit abwasser-untersuchungen begonnen, 1976 mit der realisierung des abwasser-beseitigungsprojekts wabas 80. zur erzielung eines totalen hochwasserschutzes wurden ebenfalls massnahmen unternommen. zur beseitigung des sondermuells werden die entsorgungsbetriebe simmering bereitstehen. bestanden 1976 5.339 kilometer kanalanlagen, stieg die netzlaenge bis 1978 auf 5.557 kilometer. die voraus-schauende planung gibt sicherheit vor wasserengpaessen. 73 prozent des wiener trinkwassers werden ueber hochquellenleitungen herange-bracht, 21 prozent seien hochwertiges grundwasser. auch der grundwasserstrom auf der donauinsel werde genuetzt werden koennen. die vor der fertigstellung stehende (roem.) 3. wiener wasserleitung wird zur weiteren versorgung taeglich 64 millionen liter liefern. fuer alle diese massnahmen war vorausschauende planung notwendig. (and) (forts.)

1851

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (23):

rechnungsabschluss (forts.)

29 wien, 25.6. (rk) stadtrat s c h i e d e r (spoe) nahm zu einigen von gr. fuerst (oepv) in der debatte aufgeworfenen fragen der information stellung. der letzte postwurf enthielt ein ganzes paket von informationen, wie zum beispiel ein genaues programm der tage des sportes, informationen ueber das ferienspiel und ueber die rundfahrten 'modernes wien'.

informationen ueber flaechenwidmungsaenderungen werden laufend gemacht und nicht, wie unterstellt wurde, beispielhaft nur von der wiener handelskammer durchgefuehrt. gerade aus der letzten zeit gibt es unzaehlige beispiele fuer solche informationsblaetter.

die arbeiter-zeitung wird bei inserateneinschaltungen nicht bevorzugt. bei einem inseratendurchgang wird jeweils ein gleich grosses sujet in den verschiedenen wiener zeitungten eingeschaltet und zu den jeweils gueltigen tarifen der zeitungten bezahlt. die vorwuerfe stimmen daher nicht.

bei der pressefoerderung hat das land wien nicht dieselbe aufgabe wie der bund, naemlich die vielfalt der zeitungten zu erhalten, sondern eine kommunale berichterstattung in den wiener zeitungten zu gewaehrleisten, wie sie in den lokalzeitungten der anderen bundeslaender gegeben ist. diese aufgabe wird durch einschaltungten von inseraten erfuehlt.

die stadtinformation hat die verschiedensten informationsblaetter ueber behoerdenwege aufgelegt, das reicht von der information, was man bei einer heirat tut, bis zur information, wie man zu einem pass kommt. ebenso gibt es einen eigenen ratgeber fuer wirtschaftstreibende und ausreichende informationen ueber fragen der betriebsgruendung im informationszentrum fuer die wiener wirtschaft. (sei) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (24):

rechnungsabschluss (forts.)

31 wien, 25.6. (rk) der konsumentenschutz wird von der stadtverwaltung sehr ernst genommen, betonte stadtrat v e l e t a (spoe). die ergebnisse der von stadtrat nittel durchgefuehrten enquete haben zu einer raschen beschlussfassung ueber das neue konsumentenschutzgesetz beigetragen.

die gewerbeordnung bietet keine handhabe, betriebe, die gesetze uebertreten, sofort zu schliessen. in dem von gr. hampel-fuchs angefuehrten fall einer glasfirma wurde das recht zur gewerbeausuebung in erster und zweiter instanz entzogen. eine berufung laeuft, das betreffende unternehmen darf aber sein gewerbe bereits nicht mehr ausueben.

erstmals sind die einnahmen aus dem kulturschilling gesunken, stellte gr. dkfm. b a u e r (fpoe) fest. dies sei ihm nicht recht erklarlich, da er nicht annehme, dass die zahl der fernsehteilnehmer abnehme. im kulturschillinggesetz heisst es, dass die ertraegnisse fuer kulturelle zwecke, insbesondere fuer die altstadterhaltung zu verwenden seien. es stellt sich die frage, ob 75 prozent der forderung "insbesondere" entsprechen. er sei der meinung, dass die ertraegnisse aus dem kulturschilling teilweise nicht widmungsgerecht verwendet werden. im zustandigen ausschuss habe er den eindruck gewonnen, meinte bauer, dass das bestreben besteht, diesen streitpunkt aus der welt zu schaffen.

nicht rueckzahlbare zuschuesse seien eine unter insgesamt sechs foerderungsmoeglichkeiten. in den satzungen finden sich auch die gesichtspunkte, nach denen gefoerdert werden soll. dem steht die geuebte praxis diametral entgegen, dass saemtliche foerderungswerber nicht rueckzahlbare zuschuesse erhalten. dies gilt beispielsweise auch fuer banken und versicherungen.

./.

bauer ging dann auf das konkrete projekt franziskanerplatz 6 ein. dieses haus kaufte im jahr 1975 der maler leherb um 3,9 millionen. zwei jahre spaeter erhielt er einen nicht rueckzahlbaren zuschuss in der hoehe von zwei millionen. dazu kamen 200.000 s subvention des bundesdenkmalamtes sowie ein wohnungsverbesserungskredit von mehr als zwei millionen. zurueckzahlen wird leherb alles in allem nicht einmal zwei millionen. damit wurde ein gutes geschaeft gefoerdert. leherb hat einen teil des gebaeudes um drei millionen barabloese und 24.000 schilling monatsmiete verpachtet. ausserdem sollen ein grillrestaurant, studios und boutiquen errichtet werden. gegen all das sei gar nichts einzuwenden, meinte bauer, auch nicht gegen die tatsache der foerderung als solcher. aber der hausherr bezieht aus dem mit oeffentlichen mitteln renovierten gebaeude einkuenfte. deshalb waeren die gewahrten nicht zurueckzahlbaren zuschuesse keineswegs am platz, sondern eine andere art der foerderung.

noch immer sei es in wien nicht gelungen, die schulmilchaktion sicherzustellen. mit den schulwarten laufen verhandlungen. bauer stellte die frage, wie derzeit der stand der verhandlungen sei. (ger) (forts)

2000

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (25):

rechnungabschluss (forts)

32 wien, 25.6. (rk) einen ueberblick ueber die kulturellen aktivitaeten und kulturellen foerderungen gab gr. h o l u b a r z (spoe). ueber 25 millionen subventionen wurden 1978 an 45 wissenschaftliche gesellschaften, vereine und institutionen vergeben.

der gesamtanfang fuer wissenschaftliche foerderungen betrug ueber 27 millionen. fuer die foerderung zur volksbildung wurden ueber 74 millionen s ausgegeben. die musikalische foerderung verschiedener vereinigungen und institute machte ueber 47 millionen s aus. ein musikalischer hoehepunkt war der musikalische sommer, der 1978 im zeichen des schubert-jahres stand. die filmfoerderung betrug fuenf millionen s , fuer den bau und den betriebsaufwand einiger neuer wiener buehnen wurden 190 millionen s ausgegeben. nicht zu vergessen seien die zuwendungen und ehrengelder betagter kuenstler und wissenschaftler, die 1978 5,4 millionen s ausmachten. an preisen der stadt wien wurden 935.000 schilling aufgewendet.

dass sich dieser aufwand lohnt, zeigt die grosse zahl der besucher bei den kulturellen veranstaltungen der stadt wien. allein der musikalische sommer 1978 wurde von mehr als 600.000 personen besucht.

im rahmen der eigenveranstaltungen des kulturamtes der stadt wien nimmt das bundeslaenderprogramm einen besonderen platz ein . zu den weiteren aktivitaeten gehoert die weihnachtsausstellung, die im vorjahr von nahezu 270.000 gaesten besucht wurde oder die europeade fuer folklore. von den weiteren aktivitaeten strich gr. holubarz die fremdenverkehrswerbung, die musikschulen der stadt wien, die staedtischen buechereien und die kulturveranstaltungen des landesjugendreferates heraus. (ba) (forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (26):

rechnungsabschluss (forts)

34 wien, 25.6. (rk) es ist die aufgabe der stadtverwaltung, auf kulturellem gebiet anbote zu machen, die sowohl kreativen be-
duerfnissen als auch dem konsumbeduerfnis entsprechen, erklarte
gr. prof. b i t t n e r (oevp). auf dem schulsektor wird in hin-
kunft eine andere situation entstehen als bisher. den 20.000 geburten
des jahres 1964 stehen nur 13.500 geburten im jahre 1978 gegenueber.
so bedauerlich der geburtenrueckgang ist, ist er fuer die schul-
verwaltung erfreulich, weil es keine grossen schulraumprobleme
geben wird. es werden schulen geschlossen werden, doch sollte man da
grosszuegig vorgehen und auf niedrige schuelerzahlen in den klassen
bedacht nehmen.

die musikschulen sind ein wichtiges anbot der stadt zur
musikalischen ausbildung, wie sie privat heute nicht mehr er-
reicht werden kann. es gibt aber noch einen mangel an musikschulen,
acht bezirke haben keine bzw. gibt es engpaesse in randbezirken wie
etwa in floridsdorf. neue initiativen der musikschulen sind er-
freulich, wie etwa die seminare fuer schrammelmusik und fuer jugend-
blasorchester sowie eine untersuchung ueber musikerziehung schon im
vorschulbereich. die buechereien erfuellen eine wichtige funktion,
die entlehnungen steigen staendig, aber der personalstand
wird nicht vergroessert. der dienstpostenplan muesste ueberprueft
werden, weil sonst die bibliothekare zu schalterbeamten werden,
die keine zeit mehr fuer beratungen haben.

die stadthat die aufgabe, ihren besitz aus der vergangenheit
anzubieten, es muesste daher etwas gegen den platzmangel getan
werden, unter dem viele bezirksmuseen leiden. die stadtbibliothek
entfaltet eine rege ausstellungstaetigkeit - die ausstellungen
finden jedoch im rathaus praktisch unter ausschluss der
oeffentlichkeit statt. neue wege, um damit an die menschen heran-

zukommen - wie es etwa geldinstitute machen - sind zu suchen. die kultursubventionen sind ein politisch neuralgischer punkt. es besteht ein mangel an transparenz, es muss einblick in saemtliche unterlagen bei subventionsansuchen gewaehrt werden. ueber den stil der festwochen sollten immer wieder neue ueberlegungen angestellt werden, auch ueber den derzeitigen zeitpunkt der festwochen sollte man nachdenken. der rechnungsabschluss zeigt wieder, dass der bund seinen subventionsverpflichtungen zu den festwochen nicht nachkommt, wie es 1970 - unter einem vp-unterrichtsminister - zum letzten mal geschah. was die jugendfoerderung betrifft, besteht ein missverhaeltnis zwischen der subventionierung der eigenen aktivitaeten und jenen von jugendorganisationen. mehr gerechtigkeit wird verlangt. und schliesslich - in sachen jugendtourismus - sind junge menschen nirgends so schlecht untergebracht wie in den wiener herbergen, die noch dazu ein 3- millionen-defizit haben. man sollte ernsthaft daran denken, diese jugendherbergen einer privaten institution zu uebertragen. (smo) (forts)

0837

25. juni 1979

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1644

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (27):

rechnungsabschluss (forts.)

36 wien, 25.6. (rk) die durchschnittliche klassenschuelerzahl in den volks- und hauptschulen habe sich seit dem schuljahr 1972/73 beträchtlich verringert, berichtete gr. gabrielle traxler (spoe). die zahl der lehrer steige. ''die sozialisten bekennen sich dazu, die klassenschuelerzahl zu senken: frueher, jetzt und in zukunft'', formulierte traxler. sie erklaerte weiter, dass derzeit 8.000 schuler in kindersingschulen, in musikschiulen und im konservatorium unterrichtet werden. sie schlug vor, das schulgeld in den musiklehranstalten (mit ausnahme des konservatoriums) an die tatsaechlich erbrachte leistung heranzufuehren.

nach den ganztagschulen herrsche grosse nachfrage. mit dieser schulreform biete sich die chance, bildungsbarrieren abzubauen. sie erlaeuterte den unterschied zwischen tagesheimschulen und ganztagschulen und teilte mit, dass die repetenzzahlen in ganztagschulen gegenueber normalschulen wesentlich geringer seien. in der ganztagschule ergaeben sich bessere chancen fuer die ausbildung, und die eltern wuerden entlastet. in jedem bezirk sollte es eine ganztagschule geben, schloss gabrielle traxler. (and) (forts.)

0840

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (28):

rechnungsabschluss (schluss)

37 wien, 25.6. (rk) in oesterreich werden zwei modelle angeboten, um die kinder auch am nachmittag paedagogisch betreuen zu koennen: die ganztagsschule und die tagesheimschule. es ist bedauerlich, so gr. dr. p e t r i k (oevp) dass die stadtverwaltung allein schulversuche fuer die ganztagsschule durchfuehrt und sich weigert den versuch tagesheimschule einzufuehren. die wiener eltern haben dagege bei einer untersuchung eine praeferenz fuer die tagesheimschule gezeigt. dr. petrik kritisierte weiter, dass der versuch ganztagsschule de facto keiner wissenschaftlichen kontrolle unterliegt.

vizebuergemeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d - n e r (spoe) erklarte, dass der besuch der ganztagsschule nicht auf zwang beruht.

die sozialisten haben niemals das elternrecht angetastet. sie sehen die ganztagsschule als hervorragende alternative, um bildungsbarrieren abzubauen. ueber den schulversuch ganztagsschulen gibt es kontrollen und berichte, man muss nur den weg in den stadtschulrat finden, um das in erfahrung zu bringen.

die sitzung wurde kurz nach 20 uhr unterbrochen. die beratungen ueber den rechnungsabschluss 1978 werden morgen, dienstag, im anschluss an die um 9 uhr beginnende landtagssitzung fortgesetzt.

(sei) (schluss)

0842